

Rewe übernimmt die Konsumgenossenschaft Coop  
**Nordisches Schneeballsystem**

Die Coop Schleswig-Holstein mit ihren 73.000 Genossenschaftlern ist am Ende. Voriges Wochenende hatte die Vertreterversammlung zu entscheiden, ob das Geschäft mit den zirka 200 Sky-Märkten und SB-Warenhäusern in eine Mehrheit von Rewe bestimmte OpCo-Betreibergesellschaft zu überführen ist. Die 1899 in Kiel gegründete Konsumgenossenschaft war einst weit über das jetzige norddeutsche Vertriebsgebiet auch in Baden-Württemberg oder Bayern bekannt. Eine stille Beteiligung von Rewe (2007) und der Verkauf des südlichen Vertriebsgebietes an die Kölner Handelsgruppe (2009) leiteten den Beginn des jetzt besiegelten Niedergangs ein.



VON DIRK MEYER

»Verluste und Dividenden wurden mittels Hebung stiller Reserven finanziert.«

Seit 2005 wurden betriebliche Verluste und Dividenden nur durch Hebung stiller Reserven von etwa 100 Millionen Euro gedeckt. Ein harter Wettbewerb und eine mit einem Umsatz von 1,25 Milliarden Euro (ein Vierzigstel von Rewe) für konkurrenzfähige Einkaufskonditionen zu geringe Betriebsgröße sind nur ein Erklärungsgrund. Langjährige Managementfehler wie die unterlassene Schließung unrentabler Standorte, eine mangelnde Kostenkontrolle, ein ertragsschwaches Modernisierungsprogramm von 250 Millionen Euro sowie ein zu spätes Umsteuern kommen hinzu. Ein Kontrollversagen der zu 40 Prozent mit Cooplern besetzten Vertreterversammlung, die per Einheitsliste gewählt ist, erschwerte eine interne Kritik. Ein paritätisch besetzter Aufsichtsrat, der Planabwei-

chungen lange Jahre einfach hingenommen hat, rundet das Bild ab.

Die als „Premiumpartnerschaft“ mit Rewe angekündigte Minderheitskooperation entspringt einer Position der Schwäche. Unter anderem besteht spätestens seit 2015 ein Druck der Konsortialbanken, die ihre Finanzierung an Bedingungen knüpfen, die letztlich diese Unterwerfung notwendig machen. Die Arbeitsverträge der knapp 10.000 Beschäftigten in der OpCo-Betreibergesellschaft sind vorerst über Paragraph 613a BGB (Betriebsübergang) gesichert. Betriebsbedingte Kündigungen infolge der Schließung unrentabler Märkte und Produktivitätssteigerungen in der Verwaltung dürften jedoch folgen.

Währenddessen gerät die Coop eG zur weitgehend funktionslosen Kapitalsammelstelle der Genossenschaftsmitglieder in Abhängigkeit der Rewe Group. Damit ist jedoch keinesfalls sicheres Fahrwasser erreicht. So bestehen weiterhin erhebliche Bestandsrisiken, die aus möglichen Einsprüchen des Kartellamtes, Klagen Dritter gegen den Zusammenschluss und aus einem Nichtvollzug der Kooperation herrühren können. Zudem gibt der Vorstand bislang keinerlei Informationen über die drohenden Planverluste der nächsten Jahre heraus. Das Pikante: Trotzdem wird weiterhin um neue Kapitaleinleger geworben – eine Form des genossenschaftlichen Schneeballsystems?

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

„Nicht gepfiffen, ist schon genug gelobt“  
CDU-Wirtschaftsrat: Unternehmer resignieren vor Energiewende / Kritik an Merkel bleibt unausgesprochen

CHRISTIAN DORN

Zwei Mittelständler brachten das Resümee des diesjährigen Wirtschaftstags der CDU zur aktuellen Politik im Zwiegespräch auf den Punkt: „Wenn man ehrlich ist, hat man nichts gelöst – nur Zeit gekauft.“ Zugleich ist es Ausdruck weitverbreiteter Resignation durch das anonymisierende „man“, das die Hauptverantwortliche – Angela Merkel – außen vor läßt. Klimapolitik und Energiewende werden alljährlich beklagt, die Kanzlerin erfährt dennoch keinen konfrontativen Widerspruch. Ausgesprochen wird diese Kritik nur in Abwesenheit der CDU-Chefin, die auch dieses Jahr erst am Abend hofhält.

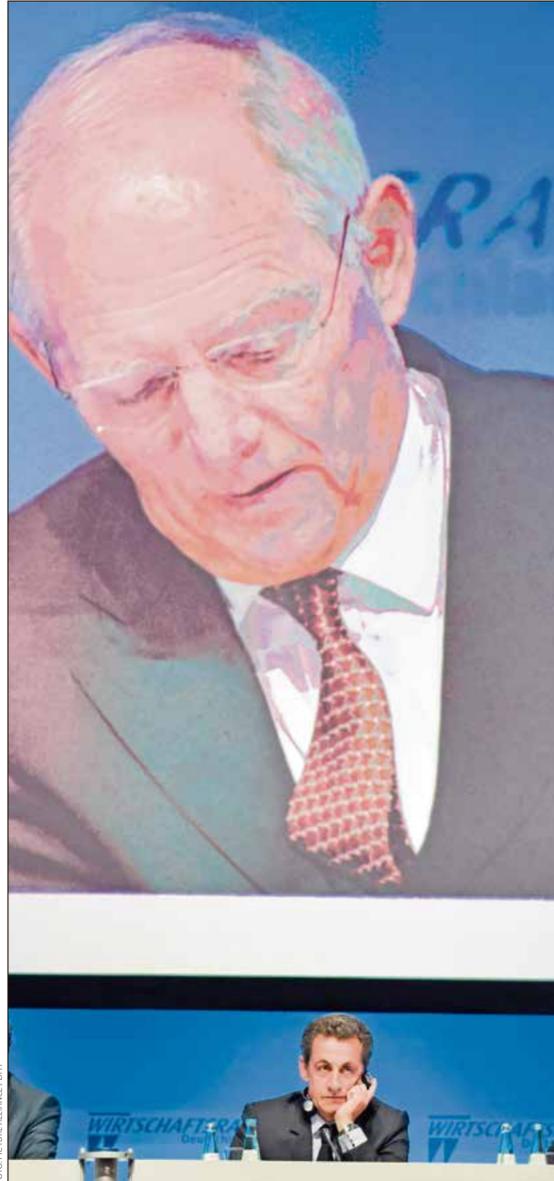
So bilanzierte zur Eröffnung der Wirtschaftsratspräsident Werner Bahlsen die Folgen der „grünen“ Merkel-Politik. Der Keksfabrikant machte bewußt, was von der deutschen Industrie abhängt: Diese sichere acht Millionen Arbeitsplätze in 100.000 Betrieben und 22 Prozent der Bruttowertschöpfung. Dabei trage sie 86 Prozent der Forschungsausgaben und stehe für drei Viertel aller deutschen Exporte. Die „Unkalkulierbarkeit der Energiepolitik“ zwingt die Firmen, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern. Die jährlichen Kosten der Energiewende beliefen sich auf 31 Milliarden Euro.

„Vielleicht kann Europa mehr Druck ausüben“

Zugleich mahnte Bahlsen, was auch EU-Kommissar Günther Oettinger, den Anschluß an den digitalen Wettbewerb nicht zu verpassen – was unversehens an die letzten Jahre der DDR erinnert, als der erste Mikrochip von Robotron den Anschluß an die Weltspitze simulieren sollte. Tatsächlich, so Bahlsen, liege der Anteil der deutschen Internetwirtschaft mit einem Anteil von drei Prozent am Bruttoinlandsprodukt deutlich hinter Ländern wie Großbritannien, die einen fast dreifachen so hohen Anteil haben. Auch die IT-Infrastruktur habe Nachholbedarf: Hier liege Deutschland weltweit auf dem 22. Platz (JF 25/16).

Der Auftritt Wolfgang Schäubles zeigte erneut dessen Beschlagenheit. So erklärt der Bundesfinanzminister, daß es für „Ordnungspolitik“ keine englische Übersetzung gäbe. In diesem Augenblick betritt Frankreichs Ex-Präsident Nicolas Sarkozy die Bühne, den Schäuble auf französisch begrüßt, um anzufügen: „Doch zurück zur Ordnungspolitik – ich lasse Sarkozy etwas Zeit, damit er die Übersetzung noch verstehen kann.“ Dann dekretiert Schäuble prophetisch – zwei Tage vor dem Brexit-Tag –, Europa werde nicht so weitermachen können.

England habe kein Problem wegen der „Refugees“, sondern wegen der „Fachkräfte aus Polen“ – was bei den Tausenden Unternehmern im Saal des Berliner Maritim-Hotels für große Erheiterung sorgte. Um den gemeinsamen Schutz der EU-Außengrenze zu gewährleisten, müßten wir „unsere höheren moralischen Ansprüche europakompatibel machen“. Bei der Energiepolitik versucht Schäuble über Bande zu spielen: „Vielleicht kann Europa mehr Druck auf Deutschland ausüben“, was



Präsident Sarkozy bei Schäuble-Rede auf dem Wirtschaftstag 2016: Unüberschaubare Risiken des deutschen Sonderwegs

FOTO: PICTURE ALLIANCE / DPA

im Saal mit Lachen und Beifall quittiert wird. Gewisse Hoffnung schöpft auch der Chef der Deutschen Bank, der Brite John Cryan, welcher – im Unterschied zu seinem Vorgänger Anshu Jain – vor dem Wirtschaftstag auf deutsch spricht und die Einzigartigkeit dieser Veranstaltung unterstreicht, wo die gesamte Unternehmerschaft – Familienbetriebe und Konzerne – zusammenkommen. In anderen Ländern sei es undenkbar, daß eine Partei das wirtschaftliche Rückgrat eines Landes bei sich versammeln und zusammenführen könne. Gleichwohl kritisiert er die ihm zu weit gehende Bankenregulierung. Eine zusätzliche Belastung seien die EZB-Niedrigzinsen.

Dies ist für Sarkozy, der durch seinen Esprit besticht, kein Thema. Die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich sei keine Wahl, sondern eine Notwendigkeit, beide bildeten den

Motor für die Veränderung. Der darauf folgende Applaus war raumfüllend. Mit beschwörendem Tonfall fordert der Franzose eine Neugründung und Reformierung der EU: Weil diese sich „um alles kümmert, kümmert sich Europa letztlich um nichts mehr. Schengen ist untergegangen.“ In Zeiten des islamistischen Terrors sei es falsch, die Visumpflicht für die Türkei abzuschaffen, die ohnehin keinen Platz in der EU habe. Zugleich forderte Sarkozy dazu auf, Rußland trotz allem als Partner zu sehen.

Das Energiepodium des Wirtschaftstages, zu dem mit Winfried Kretschmann auch erstmals ein grüner Ministerpräsident geladen war, mußte auf diesen verzichten, da er wegen Flugzeugproblemen nicht abheben konnte. Abgehoben ist die Lobby der Energiewende gleichwohl. So hatte Kretschmann die Energiewende als die „Bewährungsprobe un-

serer Generation“ beschrieben, was der Evonik-Chef Klaus Engel übersetzte: In Wirklichkeit sei es die Bewährungsprobe für den Industriestandort Deutschland.

Daß dieser gefährdet ist, zeigten die inzwischen resignativen Klagen. Mit dem sogenannten Atomkonsens, dem nur ein Jahr nach der Atomkraftverlängerung beschlossenen Ausstieg aus der Kernkraft, beschreite man erneut einen „deutschen Sonderweg“, der „unüberschaubare Risiken“ birge. Engel fragt sich, ob sein Unternehmen Evonik, das zuletzt 13,5 Milliarden Euro Umsatz mit 21.000 Mitarbeitern in Deutschland gemacht hat, dazu künftig noch in der Lage sei. Wenn Engel von den anstehenden „Veränderungsprozessen“ (tatsächlich: Veränderungsprozessen) spricht, erscheint dies als Freudscher Versprecher. Wie auch abends bei der Kanzlerin, die sich fragt, ob die deutschen Familienunternehmen sich hier noch „willkommen“ fühlen. Das Wort „zu Hause“ scheint in einer Welt der Globalisierung und Digitalisierung wohl obsolet zu sein.

Machen wir überhaupt noch soziale Marktwirtschaft?

Für diesen Markt steht beispielhaft der Auftritt des Daimler-Chefs Dieter Zetsche, der die Ausrichtung seines Hauses in der Elektromobilität vorantreiben will – und von Merkel in ihrer Abschlusssrede noch einmal wie ein Schüler vom Lehrer ermahnt wird, hier endlich seine Hausaufgaben zu machen, etwa bei der Entwicklung von Batterien: „Jetzt guckt Herr Zetsche aber ganz unglücklich, ich hab es doch ganz freundlich gesagt, nicht?“ flachst Merkel und erntet Gelächter im Saal. Anders als in den Vorjahren erscheint ihre Rede inzwischen als formaler Akt, der Herrscherin wagt keiner mehr zu widersprechen.

So rekapituliert die Kanzlerin ernsthaft, daß „eigentlich nur noch strittig sei, ob das, was wir gerade machen, noch soziale Marktwirtschaft“ sei, nicht als Warnruf, sondern als Ausdruck eines normalen Politikbetriebs. Die umstrittene Erbschaftsteuerreform verteidigt die CDU-Chefin mit der ihr eigenen Chuzpe: „Nicht gepfiffen, ist schon genug gelobt an dieser Stelle, würde ich sagen, insofern bin ich hochzufrieden mit Ihrer Reaktion.“ Doch sogleich verlangt sie einen neuen Gunstbeweis. Da das Flüchtlingsproblem bezüglich Syrien und Irak bald gelöst werde, bestehe das zentrale Problem in der Migration aus Afrika, wo heute 1,2 Milliarden Menschen leben. Bis zum Jahr 2050 werde diese Zahl auf 2,3 Milliarden steigen. Die Außengrenzen Europas („vom Nordpol bis Algerien“) seien nicht zu schützen, schließlich seien „wir“ „auch ein Nachbarland des syrischen Bürgerkriegs“.

Überhaupt werde sich der Wirtschaftsrat in Afrika engagieren müssen, um so die Fluchtursachen zu bekämpfen. Dies sei „die zentrale Aufgabe, wenn wir unsere Außengrenzen schützen wollen!“ Die Kanzlerin dankt, daß sie ein „so schönes Thema“ gestellt bekommen habe und wünscht eine weitere gute Zusammenarbeit. Der zahlungswillige Michel klatscht minutenlangen Beifall.

Mitschnitte vom „Wirtschaftstag 2016“  
► www.youtube.com/wirtschaftsrat

Massenzuwanderung und gesetzliche Krankenversicherung  
**Die Mär vom Steuerzahler**

Von Jörg Fischer

Zur Zeit leben weit über 1,5 Millionen „Ausländer mit Bezug zum Asylverfahren“ in Deutschland. Hinzu kommen laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge etwa 220.000 ausreisepflichtige Ausländer. Für diese bald 1,8 Millionen Menschen müssen aufgrund gesetzlicher Vorgaben nicht nur Kost und Logis, Betreuung und Taschengeld finanziert werden, sondern auch die ärztliche Versorgung.

Wieviel das kostet, verrät keine Statistik. Geht es nach den Grünen, die über den Bundesrat mitregieren, soll es künftig noch teurer werden: „Allen Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ soll ein Anspruch auf sämtliche Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gewährt werden, heißt es in dem Antrag der Bundestagsfraktion (Drucksache 18/6067). Auch die Kosten „für qualifizierte Sprach- und Integrationsmittel“ müsse die GKV übernehmen. Zudem sollten „Schutzsuchende innerhalb von höchstens 15 Tagen nach Antragstellung“ über ihr Recht „auf angemessene medizinische,

psychotherapeutische und psychosoziale Versorgung informiert werden“.

Bislang ist die GKV-Gesundheitskarte für Asylbewerber nur in Berlin, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein flächendeckend eingeführt. Der GKV-Spitzenverband mahnt aber „ausgabendeckende Beiträge“ an, um eine Mehrbelastung oder „Lastenverschiebung von den Kommunen auf die GKV zu vermeiden“. Die Kostenübernahme für Sprach- und Integrationsmittel lehnt die GKV ab. Doch woher soll das Geld dann kommen?

Vom „Steuerzahler“, argumentieren im Zweifel nicht nur schwarz-rot-grüne Willkommensaktivisten – nach dem Motto: „Die Reichen“ zahlen, nicht die kleinen Leute. Bezüglich des Bundeshaushalts stimmt das kaum: 254 der 288 Milliarden Euro an Steuereinnahmen stammen aus der Mehrwert-, Lohn-, Energie-, Tabak-, Versicherungs-, Strom- und Kfz-Steuer sowie dem Solidaritätszuschlag zur Lohnsteuer. Die Einkommensteuer bringt nur 21 Milliarden Euro an Ertrag.

**Ihr Bestellschein**

JF-Buchdienst - Hohenzollerndamm 27a - 10713 Berlin  
Fax: 030 - 86 49 53 - 40 • Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:  
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: [www.jf-buchdienst.de](http://www.jf-buchdienst.de)

Bestelladresse (Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen) \_\_\_\_\_ Kundennummer (falls zur Hand) \_\_\_\_\_  
 Straße/Name \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
 Telefon \_\_\_\_\_ E-Mail \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_  
 Deutschland-Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,20. Postalisches Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen!

**JF BUCHDIENST** JUNGE FREIHEIT Medienversand  
 gehen Sie online: [jf-buchdienst.de](http://jf-buchdienst.de)

**Max Otte**  
Rettet unser Bargeld!

Droht die Abschaffung des Bargelds? Frei verfügbares Geld ist ein Fundament freier Gesellschaften. Schon eine Begrenzung von Bargeldzahlungen ermöglicht den Kontrollstaat. Eine Streitschrift von Prof. Dr. Max Otte, dem Prognostiker der Finanzkrise von 2008 („Der Crash kommt!“) 48 S., Pb.



Best.-Nr.: 93088

EUR 7,00

**Andreas von Rétyi**  
George Soros

Der Multimilliardär, sein globales Netzwerk und das Ende der Welt, wie wir sie kennen. Ein Wort von Soros kann die Welt aus den Angeln heben. Doch er agiert aus dem Hintergrund. Als Werkzeug dient ihm das globale Stiftungsnetzwerk der Open Society Foundations. Unter humanitärem Deckmantel fördert er Massenmigration, Revolutionen, Kriege und die Zerstörung Europas. 271 S., geb.



Best.-Nr.: 93016

EUR 19,95

**Peter Hahne**  
Finger weg von unserem Bargeld!

Wie wir immer weiter entmündigt werden. Obdachlosenspende und Taschengeld künftig per Kreditkarte? Jeder Kauf registriert? Das Bargeld soll abgeschafft werden, damit Staat und Banken jederzeit lückenlos nachprüfen können, wie wir unser Geld ausgeben. Auch sonst nimmt die Überwachung zu. Peter Hahne erhebt Einspruch. 128 S., geb.



Best.-Nr.: 93074

EUR 10,00

**Ulrich Horstmann, Gerald Mann**  
Bargeldverbot

Alles, was Sie über die kommende Bargeldabschaffung wissen müssen. In Italien und Frankreich sind Bargeldzahlungen ab 1000 Euro illegal, und viele deutsche Banken haben neben Tageslimits schon Wochenlimits eingeführt. Ab 2018 soll Bargeld in der EU ganz abgeschafft werden. Welche Folgen hat das für Sie, und wie können Sie sich schützen? 128 S., Pb.



Best.-Nr.: 92781

EUR 6,99

**Sandra Navidi**  
Super-hubs

Wie die Finanzelite und ihre Netzwerke die Welt regieren. Super-hubs enthüllt, wie die Finanzelite und ihre mächtigen Netzwerke das Weltgeschehen und damit unser aller Leben beherrschen. Super-hubs sind die am besten vernetzten Knotenpunkte innerhalb des Finanznetzwerks, wie Milliardär George Soros, JP-Morgan-Chef Jamie Dimon und BlackRock-Boss Larry Fink. Sandra Navidi gibt damit einen Einblick in die Machtelite. 320 S., Pb.



Best.-Nr.: 93096

EUR 19,99

**Günter Zehm**  
An der Kehre

Über die Krise des Kapitalismus, des Westens und der Demokratie. Alles redet von Krise, doch worin besteht sie genau? Günter Zehm legt in diesem Buch mit Texten aus der Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT den Finger in jede unserer eitenden Wunden: die Finanzkrise, die geistige Situation der heutigen westlichen Welt und die allgemein verdrängte Krise der Demokratie. 240 S., geb.



Best.-Nr.: 91468

EUR 9,90

**Gary Christenson, Jürgen Müller**  
Gold: 10.000 Dollar?

Was eine neue Modellrechnung über die Zukunft des Goldpreises sagt und warum Sie einen Teil Ihres Vermögens jetzt in Edelmetall anlegen sollten



Der amerikanische Edelmetall-Experte Gary Christenson hat nach akribischer Recherche ein Modell entwickelt, um die wahrscheinliche Goldpreisentwicklung bis zum Jahr 2021 zu prognostizieren. Der Goldpreis wird dann bei 10.000 Dollar liegen! Sicherheit und Gewinnchancen sind enorm. 142 S., geb.

Best.-Nr.: 93116

EUR 16,95

Abbildungen können vom Original abweichen!